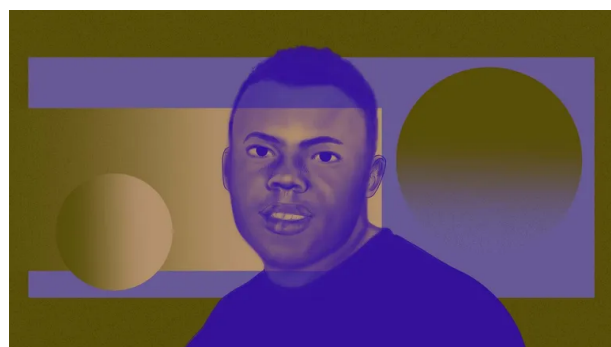


Rechtsextreme Gewalt

Erinnern ohne Vergangenheit

In Saarlouis starb 1991 Samuel Kofi Yeboah bei einem Anschlag auf ein Geflüchtetenheim. Warum fehlt die Tat in unserem kollektiven Gedächtnis rechtsextremer Gewalttaten?

Von **Lorenzo Gavarini** [https://www.zeit.de/autoren/G/Lorenzo_Gavarini/index] | 19. September 2022, 15:10 Uhr |



Samuel Kofi Yeboah kam aus Ghana nach Deutschland. Dort starb er 1991 – nach einem Brandanschlag auf ein Geflüchtetenheim. © Elif Küçük für ze.tt

Splitternde Scheiben, Menschenschreie, das Flackern der Flammen in den Fenstern. Die Aufnahmen der rassistischen Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen [<https://www.zeit.de/zett/2022-08/rostock-lichtenhagen-rassismus-rechtsextremismus-pogrom>] kennen viele. Genauso wie die Bilder der rußgeschwärzten Fassaden der Häuser türkischstämmiger Familien in Solingen und Mölln. Rechtsextremistische, rassistische Anschläge, bei denen acht Menschen ums Leben kamen und viele mehr verletzt wurden. Die Angriffe stehen sinnbildlich für das politische Klima der frühen Neunziger: Skinheads, Überfälle auf nicht weiße Menschen, Antiasylpolitik in den Parlamenten.

Ein Attentat wird in diesem Zusammenhang fast nie genannt: der Brandanschlag auf ein Geflüchtetenwohnheim in **Saarlouis**. In den Morgenstunden des 19. September 1991 brach ein Feuer im Treppenhaus eines vierstöckigen ehemaligen Hotels aus, in dem zu dem Zeitpunkt fast 20 Geflüchtete unter anderem aus dem ehemaligen Jugoslawien, Ghana und Nigeria lebten. Der Großteil der Bewohner:innen konnte nach draußen fliehen, nur nicht die drei Männer im obersten Stockwerk. Zwei von ihnen wählten den Weg aus dem Fenster, sprangen meterweit in die Tiefe und verletzten sich an den Beinen. Der Dritte, Samuel Kofi Yeboah aus Ghana, entschied sich für die Flucht über das Treppenhaus – und wurde von den Flammen erfasst. Rettungskräfte brachten Yeboah in eine Klinik, dort starb er wenig später an einer Rauchvergiftung und schweren Verbrennungen. Knapp zwei Wochen zuvor hatte Yeboah seinen 27. Geburtstag gefeiert.

Die **Polizei** fand Spuren von Brandbeschleuniger im Treppenhaus, sie ging von Brandstiftung aus. Es gab auch weitere Hinweise: Laut Zeugenaussagen war kurz vor Ausbruch des Feuers ein silbergraues Auto sehr schnell vor dem Wohnheim vorgefahren, für einige Minuten stehengeblieben und dann wieder schnell davongefahren.

Von Anfang an deutete einiges darauf hin, dass die Tat einen rechtsextremistischen oder rassistischen Hintergrund hat. In den Neunzigern galten das Saarland und insbesondere Saarlouis als Neonazihochburgen in Westdeutschland. Saarlouis trug in rechten Kreisen den Ruf einer "national befreiten Zone". Seit 1987 hatte es bereits fünf Angriffe auf Geflüchtetenwohnheime im Kreis Saarlouis gegeben. Aber die Polizei ermittelte nicht tiefergehend in der rechtsextremistischen Szene.

Nach elf Monaten stellte die Polizei die Ermittlungen im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft ohne Ergebnisse ein. Es war wie so oft in dieser Zeit [<https://www.zeit.de/schwerpunkte/baseballschlaegerjahre>]: Kurz nach der Wiedervereinigung wollten viele nichts von Neonazis wissen, rechtsextreme Gewalttaten wurden unter den Teppich gekehrt und sollten schnell vergessen werden.

Die Wiederaufnahme der Ermittlungen

In seinem Heimatland Ghana hatte Yeboah als Landwirt gearbeitet, in Deutschland als Hausmeister in dem Geflüchtetenwohnheim, in dem er später ums Leben kam. Bei seinen Mitbewohner:innen und den Anwohner:innen des Wohnheims sei er beliebt gewesen. Heute möchte Yeboahs Familie nicht mehr über seinen Tod sprechen. Sie hätten damit abgeschlossen, sagte ein Freund dem Saarländischen Rundfunk [<https://www.swr.de/swr2/doku-und-feature/mordfall-yeboah-doku-ueber-die-spaete-verfolgung-rechter-gewalt-sw2-feature-2022-07-08-100.html>].

Fast 30 Jahre nach dem Tod Yeboahs nahmen Staatsanwaltschaft und Polizei im Jahr 2020 die Ermittlungen wieder auf. Sie hatten einen neuen Hinweis erhalten. Eine Frau hatte sich an die Polizei gewandt: Sie habe auf einer Grillparty mit einem Mann über den Fall gesprochen. Der Mann, laut der Zeugin ein offener Neonazi, habe sich gebrüstet, die Tat damals durchgeführt zu haben. Wegen der Zeugenaussage wird der Fall vom saarländischen Generalstaatsanwalt erstmals als rechtsextremistisch eingestuft und an den Generalbundesanwalt übergeben.

Im April 2022 wurde ein Verdächtiger festgenommen, der viele Jahre in der Szene aktive Rechtsextremist Peter Werner S. aus Saarlouis. Er ist seitdem in Untersuchungshaft. Der Verdächtige war zum Zeitpunkt des Anschlags 20 Jahre alt. Genau diesen Peter Werner S. machten antifaschistische Gruppierungen im Saarland, die sich jahrelang für eine Aufklärung des Falles einsetzten, schon kurz nach der Tat als Verdächtigen aus. Er war damals bekannt unter rechtsextremen Jugendlichen, galt als einer ihrer Anführer. Die Polizei vernahm Peter Werner S. sogar kurz nach dem Brand. Er sagte aus, er habe die Tat nicht begangen und wurde laufen gelassen. Aktivist:innen werfen der Polizei vor, sie habe damals fahrlässig gehandelt.

Nach der Festnahme des Verdächtigen entschuldigte sich die Polizei in Saarlouis [<https://www.saarnews.com/polizeipraesident-rupp-zur-festnahme-des-mutmasslichen-moerders-von-samuel-yeboah/>]. Sie habe zum Zeitpunkt der Tat in den Neunzigerjahren "in Teilen nicht richtig funktioniert". Der Landespolizeipräsident entschuldigte sich für die verfrühte Einstellung des Verfahrens. Mit der Wiederaufnahme wurde auch eine Arbeitsgruppe Causa eingerichtet, welche die damalige Vorgehensweise der Polizei untersuchen sollte. Das Ergebnis [https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/polizei-gesteht-fehler-im-fall-yeboah-ein-entschuldige-mich-im-namen-des-landespolizeipraesidiums_aid-67763357]: Defizite bei der Erhebung, Bewertung und Weitergabe von Informationen im Fall Yeboah. Dazu zählt auch, dass die Ermittlungen in der rechten Szene nicht gründlich genug durchgeführt wurden.

Aktivist:innen werfen der Polizei seit Jahren Fehler vor

Für Roland Röder, Politikwissenschaftler und Geschäftsführer der NGO Aktion 3. Welt Saar, sind das keine Neuigkeiten. "Die Polizei hat 28 Jahre lang nicht gut gearbeitet", sagt der Mitbegründer des Vereins, der sich mit gesellschaftlichen Themen wie Rassismus, Antisemitismus und Islamismus beschäftigt. Erst seit der Wiederaufnahme der Ermittlungen hätten die Behörden professionelle Arbeit geleistet. Röder macht sich Sorgen, dass das alles viel zu spät komme. Mittlerweile seien viele Akten verschwunden oder nicht mehr auffindbar, jetzt noch einen Täter zu überführen, könne schwierig werden, glaubt er.

Aber selbst wenn der Verdächtige verurteilt werden würde: Die mangelnde Aufarbeitung des mutmaßlichen Mordes an Yeboah ist nur ein Teil des Problems, das Kritiker:innen als staatliches Versagen der Stadt Saarlouis und des Saarlands bezeichnen. Viele sind enttäuscht davon, dass es jahrelang kein offizielles Gedenken an Samuel Kofi Yeboah gab.

Die fehlende Erinnerungskultur

Die vergangenen 30 Jahre wirken wie eine Chronik des Verdrängens. Zwei Tage nach dem Anschlag gab es eine Kundgebung in der Saarlouiser Innenstadt, auch Roland Röder und die Aktion 3. Welt Saar waren anwesend. Die Teilnehmenden solidarisierten sich mit den Opfern rassistischer Gewalt, sie forderten die Aufklärung des Todes Yeboahs. Die Stadt reagierte mit Schweigen. Die Haltung der Stadt damals war: Solange der Fall nicht vollends aufgeklärt sei, werde es keine Anerkennung des Brandanschlags als "rechtsextrem, rassistisch, fremdenfeindlich oder politisch motiviert" geben.

Seit 1991 nehmen Gruppierungen wie die Aktion 3. Welt Saar oder auch die Antifa Saar / Projekt AK das Gedenken selbst in die Hand. Alle fünf Jahre gibt es große Demonstrationen und Aktionen am Jahrestag des Anschlags. Bei der zehnjährigen Gedenkveranstaltung im Jahr 2001 kam es zu einem Eklat: Ein Protestzug brachte unerlaubterweise eine steinerne Gedenktafel – bis dahin gab es noch keinen Erinnerungsort in Saarlouis – an der Wand des Rathauses an. Noch am selben Tag ließ der damalige Oberbürgermeister Hans-Joachim Fontaine von der CDU die Tafel entfernen und verklagte den Veranstalter der Demonstration auf Schadensersatz. Der Prozess, den Röder als "Schildbürgerstreich" bezeichnet, endete nach vier Jahren, die Stadt Saarlouis bekam Recht, der Veranstalter musste 134,50 Euro zahlen. Für Röder ist klar: Die Stadt Saarlouis wollte die politische Deutungshoheit behalten, eine Bezeichnung des Falles Yeboah als "Mord" sei nicht erwünscht gewesen.

Die Bundesregierung hat, anders als die Stadt Saarlouis und die Landesregierung des Saarlands, kein Problem, den Fall Yeboah als "tatsächlichen oder zu vermutenden" rechtsextremistischen Anschlag zu bezeichnen. Bereits 1993 tat sie das in einer Antwort auf eine Anfrage [<https://dserver.bundestag.de/btd/12/056/1205679.pdf>] der Linksfraktion im Bundestag.

Der Streit um die Gedenktafel

Während der Saarländische Generalstaatsanwalt 2020 bei der Wiederaufnahme des Verfahrens einräumte, es gebe "gravierende Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Hintergrund des Anschlags", weigert man sich in Saarlouis nach wie vor, eine dahingehend klare Aussage zu treffen. Auch jetzt noch, nachdem ein rechtsextremistischer Verdächtiger festgenommen wurde.

»Es gibt die Unschuldsvermutung in Deutschland.«

Oberbürgermeister Peter Demmer

Der heutige Oberbürgermeister Peter Demmer von der SPD war zur Zeit des Anschlags Polizist und betont, dass er nie die rechte Szene in Saarlouis geleugnet habe. "Was meine Vorgänger dazu gesagt haben, das möchte ich nicht bewerten", sagt er im Gespräch mit ze.tt. Genau wie sie will aber auch Demmer nicht von einem rechtsextremistisch motivierten Anschlag sprechen. Zumindest noch nicht. "Es gibt die Unschuldsvermutung in Deutschland", begründet er seine Position. Sollte es zu einem rechtskräftigen Urteil kommen, habe er kein Problem damit, einen rechtsextremistischen Hintergrund einzugestehen.

Demmer ist wichtig, dass seit seinem Amtsantritt im Jahr 2018 einiges für das Gedenken an Samuel Kofi Yeboah geschehen ist. Zum 30. Jahrestag des Anschlags, im September des vergangenen Jahres, errichtete die Stadt eine Infotafel. Auf der Tafel wird zwar nicht von einem rassistischen Mord gesprochen, die Tat wird aber in die damalige politische Situation eingeordnet und die Wiederaufnahme des Verfahrens aufgrund "gravierender Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Hintergrund" wird erwähnt. Allerdings wurde sie nicht in der Innenstadt aufgestellt, wie linke Gruppierungen seit Jahren fordern, damit jede:r sie sehen kann, sondern in der Nähe des damaligen Tatorts am Rande der Stadt.

»Saarlouis muss sich mit seiner eigenen Rolle auseinandersetzen. Mit seiner Rolle des Schweigens, des Leugnens, des Aussitzens.«

Roland Röder

Für Roland Röder ist die Infotafel am Tatort besser als nichts. Er will dennoch, dass die Gedenktafel, die 2001 illegal am Rathaus angebracht wurde, im Stadtzentrum platziert wird. Auf der Tafel wird der Tod Yeboahs als Ergebnis eines rassistischen Aktes beschrieben. Das klarzumachen, ist den antirassistischen Gruppierungen wichtig.

Wie es nun in dem Fall Yeboah weitergehen wird, ist unklar. Mord verjährt nicht, allerdings dürfte es bei der dünnen Beweislage schwierig werden, den Angeklagten Peter Werner S. rechtskräftig zu verurteilen. Vielen Aktivist:innen ist aber vor allem wichtig, dass die Stadt ihren Umgang mit dem Gedenken an Samuel Kofi Yeboah ändert. Bisher betreibe man ein "Erinnern ohne Vergangenheit", wie Röder es nennt. Die eigene Mitverantwortung an der misslungenen Aufarbeitung werde ignoriert, kritisiert Röder. Und noch schlimmer: Der Rassismus, der mutmaßlich zum qualvollen Tod Yeboahs führte, werde nicht anerkannt. Bis heute nicht. Das müsse sich ändern. Röder fordert: "Saarlouis muss sich mit seiner eigenen Rolle auseinandersetzen. Mit seiner Rolle des Schweigens, des Leugnens, des Aussitzens."